

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Egon Lutz MdB zur Erfindung des „freiwilligen Arbeitslosen“ durch Frau Noelle-Neumann: Manipulation und Menschenverachtung.  
Seite 1

Hans Urbaniak MdB zur Versicherung einiger CDU-Parlamentarier, sich für den Erhalt des Montanmitbestimmungsgesetzes einzusetzen: Zweifel an der Aufrichtigkeit.  
Seite 2

Joachim Schmolcke MdL zur Befassung energiepolitischer Fragen im bayerischen Schulunterricht: Eine heile Atomwelt suggeriert.  
Seite 3

Dokumentation  
Der Lutherische Weltbund hat die Unterstützung der Contras als moralisch nicht vertretbar verurteilt. Wir veröffentlichen die Resolution seines Exekutivkomitees im Wortlaut.  
Seite 4

41. Jahrgang / 139

25. Juli 1986

### Manipulation und Menschenverachtung

Zur Erfindung des „freiwilligen Arbeitslosen“ durch Frau Noelle-Neumann

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Eine bisher einmalige perfide Variante in Sachen Volksverdummung hat sich jüngst jene wohlbekanntes schwarze Wahlhelferin vom Bodensee einfallen lassen: Sie rät der Bundesregierung, das benötigte Kontingent an regierungsamtlichen Manipulationen nicht mehr selber auszudenken, sondern es im Allensbacher Institut gegen Bares zu bestellen - finanziert durch Unternehmer und Arbeitgeberverbände.

Da sich die über zwei Millionen Arbeitslosen unverständlicherweise nicht von selbst reduzieren und der 25. Januar 1987 immer näher rückt, soll diese Zahl auf pseudowissenschaftliche Manier schlicht weggelogen werden. Nachdem Schäuble zu Anfang dieses Jahres „interessierte Kreise“ als Schuldige für die Massenarbeitslosigkeit ausgemacht hatte und Helmut Kohl in einem atemberaubenden Substraktionskunststück herausgerechnet hatte, daß es eigentlich gar keine Arbeitslosen gäbe, kreierte Frau Noelle-Neumann als jüngsten Nothelfer den „freiwilligen Arbeitslosen“. Simsalabim, macht die Pythia vom Bodensee und zaubert 700.000 „Alkoholiker, Drogensüchtige, jugendliche Sektenmitglieder“, die gar nicht arbeiten wollen beziehungsweise können, aus dem Hut. Außerdem, so weiß die Chefdemoskopin, gibt es weniger katholische als protestantische Arbeitslose - Max Weber, vergib ihr - und, horrible dictu, - unter den Arbeitslosen sind auffällig viel Unverheiratete, die in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben. Man ahnt jetzt, wie es in Wirklichkeit zur Massenarbeitslosigkeit kommt - durch unmoralischen und unchristlichen Lebenswandel nämlich!

Manipulation und Menschenverachtung scheint in Allensbach endgültig an die Stelle wissenschaftlich sauberer empirischer Sozialforschung getreten zu sein. Was diese neo-konservative Regierung bisher an geistigem Wendedefizit aufweist, die Allensbacher Demoskopien wissen da leicht Abhilfe im Stile der finstersten Reaktion.

(-/25.7.1986/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verleger: Rudolf Schwinn  
Redaktion: Rudolf Schwinn



Zweifel an der Aufrichtigkeit

Zur Versicherung einiger CDU-Parlamentarier, sich für den Erhalt des Montanmitbestimmungsgesetzes einzusetzen

Von Hans Urbaniak MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Nach einer Umfrage der „Welt der Arbeit“ haben sich einige CDU-Bundestagsabgeordnete, in deren Wahlkreis montanmitbestimmte Unternehmen angesiedelt sind, für den Erhalt und die Sicherung des Montanmitbestimmungsgesetzes ausgesprochen. Damit haben sie sich der Meinung der CDU-Sozialausschüsse angeschlossen, die sich wegen dieses Gesetzes nicht scheuen wollen, „einen Konflikt mit der FDP durchzustehen“.

Auf den ersten Blick hört sich das alles sehr erfreulich an, aber bei näherem Hinsehen sind Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Aussage angebracht. Die jämmerliche Niederlage der CDU-Sozialausschüsse in der Frage des Paragraphen 116 AFG ist noch in guter Erinnerung. Auch damals war die CDA bereit, für die Rechte der Arbeitnehmer in den Ring zu steigen, und um in diesem Jargon zu bleiben, der Kampf endete mit einem k.o. für die CDA. Dabei ist bis heute nicht geklärt, ob es sich um einen technischen oder einen taktischen k.o. handelte.

Nun geht es wieder um ein verbrieftes Recht der Arbeitnehmer, das es zu erhalten und zu verteidigen gilt, und wieder sind aus dieser Ecke starke Töne zu hören. Dabei gehen die Meinungen, in welcher Form die Montanmitbestimmung gesichert werden soll, in der CDU/CSU jetzt schon sehr weit auseinander. Nur in einem ist man sich bisher einig. Der Gesetzentwurf, der von der SPD Ende Juni im Parlament eingebracht wurde und der die Billigung der Gewerkschaften hat, entspricht nicht den Vorstellungen derer, die sich im Moment in verbalem Muskelspiel üben. Statt dessen wird ein eigener Gesetzentwurf für das Frühjahr 1987 angekündigt.

Ein bemerkenswertes Datum, wenn man bedenkt, daß dann die Bundestagswahl schon hinter uns liegt. Dieser späte Termin läßt nur einen Schluß zu. Nach den harten Auseinandersetzungen, die diese Regierung wegen der Änderung des Streikparagraphen 116 AFG mit den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern glaubt überstanden zu haben, soll ein erneuter Konflikt vor den Wahlen unter allen Umständen vermieden werden. Man muß also davon ausgehen, daß der Gesetzentwurf der Regierung einen weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten beinhalten wird, denn sonst hätte er schon längst vorliegen und zur Diskussion freigegeben werden können. Statt schöner Beteuerungen von seiten der CDU/CSU - die FDP macht ehrlicherweise aus ihrer Ablehnung keinen Hehl - sollten sich die Unionsparteien dem SPD-Entwurf anschließen und damit gleichzeitig den Grundstein legen für eine erweiterte Mitbestimmung in Großunternehmen und Großkonzernen, zu der die SPD-Bundestagsfraktion nach der Sommerpause ebenfalls einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen wird.

Wenn die CDU/CSU eine Volkspartei sein will - die FDP will keine sein, auch daraus macht sie keinen Hehl - dann kann sie ihren bisherigen Konfrontationskurs gegen Arbeitnehmerrechte nicht fortsetzen. Die Gesundheit unserer Wirtschaft, auf die diese Regierung im Moment so stolz ist, hat ihren Ursprung in der Mitverantwortung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Ein Eingriff in dieses empfindliche Gleichgewicht hätte fatale Folgen.

(-/25.7.1986/rs/ks)



### Eine heile Atomwelt suggeriert

---

Den bayerischen Schülerinnen und Schülern werden einseitige Aussagen zu einem kontroversen Thema vorgesetzt

Von Joachim Schmolcke MdL

Atomenergie ohne Wenn und Aber. Dies ist der Inhalt eines Unterrichtsblattes, wie es an bayerischen Gymnasien verwendet wird. Ohne ins Detail zu gehen, werden hier Schülerinnen und Schüler mit einseitigen Aussagen konfrontiert, die an der Realität vorbeigehen, aber sehr wohl ins Atomkonzept der Bayerischen Staatsregierung passen.

Mit diesem Unterrichtsblatt „Leitthema: Die Energiewirtschaft, Atomkraftwerke - Energiespender der Zukunft“ habe ich nun das bayerische Kultusministerium konfrontiert. In diesem Unterrichtsblatt heißt es unter anderem wörtlich:

- „Die Lösung aller Energie-Probleme heißt: Energie aus dem Atom!“
- „Kernkraftwerke sind nicht nur die Energiespender der Zukunft, sondern sie erzeugen die elektrische Energie heute schon billiger als die herkömmliche Wärmekraftwerke.“
- Zum „Schnellen Brüter“: „Diese Methode sichert die Energieversorgung der Welt für circa acht Jahrtausende!“

Kein Wort von den Risiken der Kernenergie.

Keine Zeile über die hohen Subventionen, mit denen Bundes- und Landesregierung die Atomwirtschaft stützen, über Strahlenbelastungen, über die ungelösten Endlagerprobleme.

So richtig es ist, im Unterricht über Energieversorgung zu reden, so falsch ist es, kontroverse Themen einseitig darzustellen.

Es ist verwerflich, den Schülern eine heile Atomwelt zu suggerieren. Die Nutzung der Kernenergie an bayerischen Schulen in Form einer Werbebroschüre der Atomindustrie darzustellen kann doch unmöglich Sinn von Unterricht, von „Unterrichtung“ über eines der zentralen Zukunftsthemen sein.

(-/25.7.1986/rs/fr)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**
**Lutherischer Weltbund: Unterstützung der Contras moralisch nicht vertretbar**

Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes hat in einer kürzlich auf seiner Tagung in München beschlossenen „Erklärung über Nicaragua“ die Einmischung der USA in dem zentralamerikanischen Land verurteilt. Wir veröffentlichen die Erklärung des Weltbundes, der 104 Mitgliedskirchen mit über 50 Millionen Mitgliedern repräsentiert, im Wortlaut.

- „1. Über seine Mitgliedskirchen, Partnerorganisationen und ökumenischen Partner erhält der Lutherische Weltbund regelmäßig von einem großen Netz von Kirchen in den Ländern Mittelamerikas verlässliche Berichte über die dortige Situation. Er bemüht sich darum, diese Informationen sorgfältig auf der Grundlage von Faktoren zu verarbeiten, die so frei wie möglich von vorgefaßten ideologischen Meinungen sind, und Entscheidungen zu treffen, die dem authentischen Dienst der Kirche förderlich sind.
2. Auf der Grundlage fundierter Informationen und von dem Wunsch getragen, Tätigkeiten von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen zu unterstützen, die der Sache der inneren Gerechtigkeit, der regionalen Eintracht, der weltweiten Sicherheit und des weltweiten Friedens am besten dienen, kommt das Exekutivkomitee des LWB in grundsätzlicher Übereinstimmung mit seinen Mitgliedskirchen in der Region zu dem Schluß, daß das gegenwärtige Vorgehen der Regierung der Vereinigten Staaten, das darin besteht, jenen Gruppen finanzielle und militärische Unterstützung zu leisten, die die Regierung von Nicaragua zu destabilisieren und schließlich zu stürzen entschlossen sind, weder moralisch vertretbar noch politisch sinnvoll ist.
3. Diese Feststellung ist weder als uneingeschränkte Unterstützung der gegenwärtigen Ausrichtung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Nicaragua noch als verallgemeinerte Kritik an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu betrachten.
4. Dennoch fühlen wir uns verpflichtet, unsere Enttäuschung über die erklärte Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck zu bringen, nicht die unlängst verkündete Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zu beachten, der zu der Erkenntnis gelangt war, daß die Unterstützung der Rebellen in Nicaragua durch die USA eine Verletzung des Völkerrechts darstellt.
5. Angesichts dieser Anliegen empfiehlt das Exekutivkomitee: Mitgliedskirchen in den Vereinigten Staaten möge Anerkennung für die Proteste ausgesprochen werden, die sie gegen die Politik ihrer eigenen Regierung geäußert haben, die darin besteht, Gruppen zu unterstützen, deren Ziel die Destabilisierung und der Sturz der Regierung von Nicaragua ist;
6. im Lichte der Tatsache, daß ganz Mittelamerika weiterhin von destabilisierenden Kräften erschüttert wird, die das Wohlergehen und die Würde des Menschen bedrohen, legen wir den LWB-Mitgliedskirchen, insbesondere denen, die am direktesten damit zu tun haben, dringend nahe, ihre Regierungen nachdrücklich aufzufordern, den regionalen Friedensprozeß (Contadora) zu unterstützen, der auf eine Beendigung der militärischen Intervention in der Region gerichtet ist;
7. alle Mitgliedskirchen und Arbeitseinheiten des LWB mögen dem Volk von Nicaragua durch die anerkannten Strukturen der nicaraguanischen Kirche auch weiterhin wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung leisten und ihren Regierungen nahelegen, das gleiche durch entsprechende Stellen in der nicaraguanischen Regierung zu tun;
8. der Generalsekretär möge die Leiter/innen Nicaraguas schriftlich von dem wesentlichen Inhalt der Resolution unterrichten und gleichzeitig die Überzeugung bekunden, daß die äußere Bedrohung nicht die Einschränkung von Grundfreiheiten wie Rede-, Presse-, Gewerkschafts- und Religionsfreiheit erforderlich macht, die dem nicaraguanischen Volk gewährleistet worden sind.“

(-/25.7.1986/rs/ks)

